

Trumps eskalierender Krieg der Worte, die anti-amerikanische Propaganda in der Türkei und Chinas Schauprozesse

Zusammenfassung der U.S.-Berichterstattung vom 1. bis zum 7. August 2016

(cb) Auch in dieser Wochen üben die U.S Medien am republikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump, der schon seit Monaten die Meldungen beherrscht, harsche Kritik. Doch sie schauen auch über den amerikanischen Tellerrand und diskutieren über zwei Länder, die durch ihr undemokratisches Verhalten gegenüber ihrer Bevölkerung auffallen. Zum einen ist das die Türkei in ihrem Bestreben, die Verantwortlichen für den gescheiterten Putsch zur Verantwortung zu ziehen. Und zum anderen thematisieren die U.S. Medien die chinesischen Schauprozesse, die sich im Rahmen von Präsident Xis neuester politischer Kampagne abspielen und mit erzwungenen Geständnissen einhergehen.

Nach Trumps Äußerungen gegenüber der Khan Familie, deren Sohn 2004 im Irak gefallen ist, bezeichnet die *Chicago Tribune* den republikanischen Präsidentschaftskandidaten als eine ungestüme Person, um die sich alles drehen muss, und der es an Empathie mangelt. Doch laut *Chicago Tribune* erkennen die amerikanischen Wähler Trumps narzisstische Züge erst gar nicht und treffen ihre Wahlentscheidung danach, wer für sie das beste Staatsoberhaupt sein würde. Deshalb bezeichnet die Zeitung die Aussichten für die bevorstehende Präsidentschaftswahl als besorgniserregend. Dem schließt sich die *New York Times* an und meint, dass Donald Trump diese Woche alles falsch gemacht hat. Dennoch stellt sie sich gleichzeitig die Frage, ob er für seine Unterstützer alles richtig gemacht hat. Denn nicht nur seine Beleidigungen der Khan Familie gegenüber, sondern auch der Mangel an funktionierenden Ideen oder intellektuellem Ballast und seine politische Unkorrektheit machen das Verhalten aus, das viele seiner Unterstützer bewundern. Und so stehen die Menschen immer noch Schlange, um ihm zuzuhören. Die *New York Times* sieht Trumps Fehlverhalten als eine Möglichkeit für Clinton, sich als moralisch seriöse Anführerin zu präsentieren, die entschlossen ist, die wahren Probleme des Landes anzugehen. Auch die *Washington Post* führt an, dass der einfache Wähler die schamlosen Regelverstöße Trumps nicht bemerkt. Des weiteren sieht die Zeitung Probleme in Trumps Wahlkampagne, welche sie als Teufelskreis bezeichnet. Dieser Teufelskreis setzt sich laut *Washington Post* aus Trumps idiotischen Äußerungen über die Außenpolitik und die nationale Sicherheit zusammen und kann nicht von Trump repariert werden. Außerdem bemängelt die *Washington Post* an Trumps Wahlkampagne, dass diese kaum innenpolitische Inhalte hat und es ihm an einem außenpolitisch erfahrenen Stellvertreter fehlt.

Doch die amerikanische Presse beschäftigt sich diese Woche nicht nur mit Ereignissen in den USA. Die *Chicago Tribune* thematisiert auch den gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli in der Türkei. Sie sieht die Türkei als einen wichtigen Verbündeten der USA an, nicht nur in der NATO, sondern auch in der Bekämpfung des Islamischen Staates. Doch heißt das nicht dass die USA wegschauen sollte, während tausende Türken verhaftet und entlassen werden. „Wie ein Angsthase“ betitelt sie die gemäßigte amerikanische Reaktion auf das türkischen Durchgreifen. Besonders im Vergleich zur Aussage des deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier, welche die *Chicago Tribune* als mehr auf den Punkt gebracht ansieht. Zwar ist die *Tribune* der Meinung, dass mit dem Verrat an der demokratisch gewählten Regierung nachdrücklich umgegangen werden muss, doch betont sie auch, dass dies im rechtsstaatlichen Rahmen geschehen muss. Deshalb weist die *Chicago Tribune* darauf hin, dass der Westen und die Obama Administration einen Plan haben sollten, falls die Türkei weiterhin die Einhaltung ihrer Gesetze ignoriert. Dieses Unterfangen bezeichnet die *Chicago Tribune* als eine „heikle Angelegenheit“, da die Türkei als Verbündeter im Kampf gegen den Islamischen Staat erhalten werden soll. Auch die *New York Times* beschäftigt sich mit dem amerikanischen Verhalten im Umgang mit den Putschisten und Präsident Erdogans Vorwurf, die USA sei ein Komplize des gescheitertem Putschversuchs, was Washington jedoch bestreitet. Deshalb besteht für die *New York Times* die wahre Aufgabe der Türkei darin, herauszufinden, wer diesen Putsch eingeleitet hat und warum, anstatt Verschwörungstheorien zu verfolgen. Des weiteren erkennt die *New York Times* in dem anti-amerikanischen und anti-demokratischen Verhalten der Türkei ein tiefgreifendes Problem, besonders in Bezug auf die NATO. So stellt sie sich die Frage, was man mit einem Verbündeten tun soll, der von den demokratischen Normen abweicht, und wie man ihm vertrauen kann.

Die fremdenfeindliche Propaganda, die in der Türkei betrieben wird, funktioniert laut *New York Times* besonders dann, wenn die Regierung die Medien kontrolliert und jede unabhängige Stimme oder Organisation zerschlägt. Deshalb schreibt sie China diese fremdenfeindliche Propaganda ebenfalls zu. Denn dort betreibt Präsident Xi Jinping eine Kampagne gegen jegliche Kritik an der Kommunistischen Partei. Diese Kampagne umfasst neue Kontrollen der NGOs und die Bekämpfung religiöser Organisationen, die nicht von der Regierung genehmigt sind. Die *New York Times* sieht dies als ein deprimierendes Muster in der Geschichte autoritärer Bewegungen. Im Sommer 2015 wurden 300 Menschen im Zuge der nationalen Bekämpfung von Menschenrechtsaktivisten befragt und inhaftiert, und diese Woche wurde der dritte von vier Schauprozessen gegen einen Vertreter von Demokratie und Religionsfreiheit in China abgehalten. Der Angeklagte wurde zu sieben Jahren Haft verurteilt, und oftmals gehen diese Schauprozesse mit erzwungenen Geständnissen der Angeklagten einher. China sieht die Strafe als gerechtfertigt an, da der Angeklagte „staatsfeindliche Gedanken verbreitet hat“. Die *New York Times* charakterisiert Präsident Xis Glauben daran, dass solche

Schauprozesse seine Handlungen legitimieren, als armselig und bestärkt das Heldentum derjenigen, die an die Demokratie glauben. Die *Washington Post* beschäftigt sich näher mit diesen Geständnissen, die durch psychologischen Druck und körperliche Folter erzwungen und dann in den chinesischen Medien ausgestrahlt werden, und vergleicht diese Art von Propaganda mit den Taktiken aus der Ära Maos. Die erzwungenen Geständnisse sind laut *Washington Post* in einem gewissen Ausmaß effektiv und streuen Zweifel. Doch die sozialen Netzwerke in China untergraben die Effektivität der Propaganda, sodass die Glaubwürdigkeit der staatlichen Medien schwindet. Die Antwort der *Washington Post* auf die Geständnisvideos und die Tatsache, dass Aktivisten sich immer noch im Gewahrsam der Kommunistischen Partei befinden, ist, dass wir “nicht anerkennen, nicht zustimmen und nicht akzeptieren” sollen und wir die Partei für ihren schamlosen Machtmissbrauch zensieren sollen. So, denkt die *Washington Post*, bleiben die Bestrebungen der Partei erfolglos.

Quellen:

<https://www.washingtonpost.com>

<http://www.nytimes.com>

<http://www.chicagotribune.com>